



Regierungsratsbeschluss vom 30. Juni 2020

Bundeskanzlei BK; Bundesgesetz über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz); Vernehmlassung

P200914

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an die BK.

Begründung

Der Bund hat bei den Kantonen sowie weiteren interessierten Kreisen eine Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz) durchgeführt. Damit soll die Grundlage dafür geschaffen werden, dass der Bundesrat die bereits in verfassungsunmittelbaren Verordnungen beschlossenen Massnahmen fortführen kann, die für die Bewältigung der Covid-19-Epidemie weiterhin nötig sind. Der Regierungsrat begrüsst das neue Covid-19-Gesetz, da es die weiterhin notwendigen Bekämpfungsmassnahmen demokratisch legitimiert. Er erachtet es aber als notwendig, die Kantone in der nunmehr geltenden besonderen Lage wieder stärker und frühzeitig in die Entscheidungsprozesse des Bundes einzubinden und ihnen möglichst viel Autonomie bei der Umsetzung der erforderlichen Massnahmen einzuräumen.

